zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ

Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Maria Anzbach

Ausgabe · Juli 2026 | 561272/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Liebe Anzbacher!



Volker Brieger
gf. Gemeinderat

Budgetpolitik ist momentan in aller Munde, haben doch die Regierungsfraktionen im Nationalrat Anfang Juli die derzeit noch bestehenden Mehrheitsverhältnisse genutzt, um ihre vollkommen verfehlte Finanzpolitik weitere zwei Jahre fortschreiben zu können. Die Stoßrichtung der schwarz-rot-rosa Verliererampel ist dabei klar: Der Bürger muss weiter geschröpft werden, spürbare Entlastungen wird es nicht geben.

Wir Freiheitliche setzen uns dagegen auf jeder politischen Ebene dafür ein, dass an den tatsächlich notwendigen Schrauben gedreht wird und im Gegenzug dafür unsere Landsleute nicht weiter finanziell bedrängt werden. Während auf Bundesebene hierzu der Kampf gegen das Asylchaos, die Ukraine-Unterstützung oder Verschwendungen in der Entwicklungshilfe zu führen ist, muss auf Gemeindeebene gelten, unsere Bürger vor weiteren Belastungen kommunaler Natur zu schützen.

Diesem Ansinnen folgen wir Freiheitliche konsequent. Während alle anderen Parteien im Gemeinderat zahlreiche Gebühren und Abgaben kurz vor Weihnachten 2025 erhöht haben, stimmten wir Freiheitliche als einzige Partei geschlossen gegen diese beachtlichen Verteuerungen für unsere Gemeindebürger. Anzuführen sind etwa Erhöhungen der Hundeabgabe, der Kanal- und Wassergebühren sowie der Nachmittags- und Ferienbetreuung. Selbst die Grabstellen- und Beerdigungsgebühren wurden erhöht, inklusive den Tagessätzen für die Leichenkammer und die Aufbahrungshalle. Man erhält unweigerlich den Eindruck, dass der Österreicher für das politische Versagen nun zur Kasse gebeten wird.

Wenn schon die Bundesregierung in jeglicher Hinsicht versagt, so müssen wenigstens wir als Gemeindepolitiker unsere Bürger vor weiteren Eingriffen und Kostenexplosionen schützen. In Maria Anzbach nimmt bedauerlicherweise nur die FPÖ diese Verantwortung wahr. Wir wollen die Teuerungswellen nicht einfach weitergeben, sondern uns gegen selbige stemmen, um alle Anzbacher vor künftigen Gebührenanhebungen zu schützen.

Abschließend möchte ich Ihnen persönlich einen schönen und erholsamen Sommer wünschen!

Mit freiheitlichen Grüßen,
Volker Brieger



Existenzbedrohend:

Einstellung der Förderungen für Waldkindergarten & „Neue Schule“



Clemens Gößl
Gemeinderat

Bei der Gemeinderatssitzung am 6. Mai 2026 wurden, mit nur zwei Gegenstimmen, die **Förderungen** für den Waldkindergarten und die „Neue Schule“ **rückwirkend** mit 1. März 2026 **eingestellt**. Über viele Jahre haben die Gemeinde und das Land Niederösterreich diese Einrichtungen für die Betreuung von Kindern **aufgrund eines von der Gemeinde festgestellten Bedarfes an zusätzlichen Einrichtungen** gefördert. Und vermutlich haben sie auch davon profitiert, denn eine Förderung pro Kind (es werden nur Kinder aus der eigenen Gemeinde gefördert!) bedeutend günstiger ist, als die umgelegten Kosten pro Kind in gemeindeeigenen Einrichtungen.

Wir haben gegen die Einstellung gestimmt, da diese Einrichtungen von einer Streichung **ohne Vorlaufzeit** besonders hart betroffen sind. Außerdem entfällt mit der Gemeindeförderung auch die wesentlich höher ausfallende Landesförderung und mit dieser wiederum relevante Zuschüsse. Dass dadurch der Waldkindergarten und die „Neue Schule“ finanziell in ihrer Existenz gefährdet sind, nimmt die ÖVP-Gemeinderatsführung sehenden Auges in Kauf. Im Vorfeld des Beschlusses wurde mit den Betroffenen **kein Gespräch gesucht** und über die Faktenlage, Umstände und Lösungsmöglichkeiten gesprochen und aufgeklärt. So hätte man Klarheit schaffen können, wie viel unsere Gemeinde tatsächlich selbst gefördert hat und wie viel sie von anderen Gemeinden für diese Förderungen auf Basis von Kooperationsvereinbarungen erhielt.

Eine Gemeinde hat Geld

Eine Gebietskörperschaft hat Geld, die Frage ist nur, wofür sie es ausgeben will. Selbst bei der Erfüllung gesetzlicher Aufgaben besteht meist finanzieller Gestaltungsspielraum. Die Bürgermeisterin gab in der Gemeinderatssitzung am 25. Juni 2026 an, dass die Förderungen eingestellt werden müssen, um eine „massive Fehlbelastung des Gemeindebudgets abzuwenden“. In selbiger Sitzung wurde jedoch auch beschlossen, **ein kleines Arbeits-Kommunalfahrzeug** um mehr als **266.000 Euro** zu erwerben. Begründung: Es ist das teuerste Angebot, aber es wäre das vergleichsweise leistungsfähigste Gerät. Angesichts der Tatsache, derart viel Geld für solche Geräte auszugeben, erscheint es zweifelhaft, dass die überwiesene Gemeindeförderung in Höhe von etwa € 34,- (Angabe „Neue Schule“) **pro Kind und Monat** eine „massive Fehlbelastung des Gemeindebudgets“ darstellt...

Zusätzliche Angebote als Bereicherung

Ignoranz und Ausreden einer Pseudo-Spar-Agenda dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass alternative und zusätzliche Angebote eine **Bereicherung für die Kinder** und deren Familien, sondern für die gesamte Gemeinde sind. Sie sind ein **Aushängeschild für den Ort** und machen diesen **noch attraktiver und lebenswerter**. Großartige Projekte und vielfältige Angebote werden auch oft erst durch Förderungen möglich.

Die Verantwortlichen **hätten das Gespräch mit den Betroffenen suchen** müssen und alternative Wege der Unterstützung ansprechen sollen. Weiters hätte es eine ausreichende Vorlaufzeit vor Einstellung der Förderung geben müssen.

Wir sind für eure Anliegen da!





Kontakt FPÖ Maria Anzbach

kontakt@fpoe-wienerwaldwest.at

